



Kommission für Wirtschaft und
Abgaben des Nationalrates

Per E-Mail an: wp-sekretariat@seco.admin.ch

Bern, 11. Dezember 2025

**Vernehmlassung zur parlamentarischen Initiative «Klare Spielregeln für
Bundesunternehmen im Wettbewerb mit Privaten» (23.462)
Stellungnahme des Schweizerischen Gemeindeverbandes**

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident,
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 16. September 2025 hat die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates (WAK-N) dem Schweizerischen Gemeindeverband (SGV) das oben erwähnte Geschäft zur Stellungnahme unterbreitet. Für die Gelegenheit, uns aus Sicht der rund 1'500 dem SGV angeschlossenen Gemeinden äussern zu können, danken wir Ihnen bestens.

Mit dieser Vorlage sollen die Rahmenbedingungen für das Handeln der Post im Wettbewerb mit Privaten angepasst werden. Die WAK-N schlägt für die Umsetzung der von Nationalrat Jürg Grossen eingebrachten parlamentarischen Initiative drei Massnahmen im Bereich der Post vor:

- Einschränkung Unternehmenszweck:
Neben der Beförderung von Postsendungen und Stückgütern sollen nur noch unmittelbar vor- und nachgelagerte sowie auf andere Weise damit zusammenhängend Tätigkeiten sowie das Betreiben von Plattformen für eine vertrauensbasierte digitale Infrastruktur erlaubt sein.
- Rechtsschutzverfahren für Mitbewerber.
Die PostCom soll neu von Amtes wegen sowie auf Gesuch (von Mitbewerbern) prüfen, ob die Tätigkeiten der Post dem Zweckartikel entsprechen.
- Verschärfung Quersubventionierungsverbot
Nach geltendem Recht muss geprüft werden, ob der Gewinn der Post im reservierten Dienst (Briefe bis 50g) überhaupt hoch genug ist, um andere Produkte unerlaubt zu quer-subventionieren. Diese Prüfung soll ersatzlos aufgehoben werden.

Aus Sicht des SGV ist es kontraproduktiv, neben der anstehenden, umfassenden Revision der Postgesetzgebung, welche viele zentrale Weichenstellungen für die Weiterentwicklung der Post und des Service Public stellen wird, nochmals eine neue Baustelle zu eröffnen.

Er spricht sich daher für die Sistierung der Behandlung der parlamentarischen Initiative aus, bis der Bundesrat und die zuständigen parlamentarischen Kommissionen die Revision der Postgesetzgebung beraten haben, wie dies auch die Minderheit Ryser sowie die KVF-N im Rahmen der Motion 25.3955 getan haben. Inhaltlich geht der SGV nicht im Detail auf die Vorlage ein, betont jedoch, dass die Eigenwirtschaftlichkeit der Post auch in Zukunft erhalten werden muss. Gemäss Aussagen der Post würden die vorgeschlagenen Änderungen das Ergebnis der Post um rund eine halbe Milliarde Franken im Jahr verschlechtern, womit die Eigenwirtschaftlichkeit kaum mehr gegeben wäre. Entsprechend sieht der SGV die Stossrichtung der Vorlage kritisch.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Gemeindeverband

Präsident Direktorin

1 — C. Krztochil

Kopie an:

- Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete SAB
 - Schweizerischer Städteverband SSV